Die Beklagte betreibt eine Flugschule. Sie [beschäftigte](#) den Kläger seit dem 9. Juni 2010 als Ausbildungsleiter, ohne ihm seinen jährlichen [Urlaub](#) von 30 Arbeitstagen zu gewähren. Unter dem 19. Oktober 2015 verständigten sich die Parteien darauf, dass der Kläger in der Folgezeit als selbstständiger Dienstnehmer für die Beklagte tätig werden sollte. Mit der im August 2019 erhobenen Klage verlangte der Kläger ua. Abgeltung von [Urlaub](#) aus seiner Beschäftigungszeit vor der Vertragsänderung. Die Beklagte erhob die Einrede der [Verjährung](#).

Die Vorinstanzen haben die Klage abgewiesen. Die Revision des Klägers hatte beim Neunten Senat des Bundesarbeitsgerichts Erfolg, soweit er die Beklagte auf Abgeltung von [Urlaub](#) aus den Jahren 2010 bis 2014 in Höhe von 37.416,50 Euro in Anspruch nimmt. Bezogen auf Urlaubsabgeltung für das Jahr 2015 blieb sie erfolglos.

Der Senat hat am 20. Dezember 2022 (- [9 AZR 266/20](#) – [BAG PM 48/2022](#)) entschieden, dass [Urlaubsansprüche](#) verjähren können, die dreijährige [Verjährungsfrist](#) jedoch erst am Ende des Kalenderjahres beginnt, in dem der [Arbeitgeber](#) den [Arbeitnehmer](#) über seinen konkreten [Urlaubsanspruch](#) informiert und ihn im Hinblick auf Verfallfristen aufgefordert hat, den [Urlaub](#) tatsächlich zu nehmen. Hat der [Arbeitgeber](#) diesen Mitwirkungsobliegenheiten nicht entsprochen, kann der nicht erfüllte gesetzliche [Urlaub](#) aus möglicherweise mehreren Jahren im laufenden Arbeitsverhältnis weder nach § [7 Abs. 3 BUrlG](#) verfallen noch nach § [195 BGB](#) verjähren und ist bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach § [7 Abs. 4 BUrlG](#) abzugelten.

Der Urlaubsabgeltungsanspruch unterliegt seinerseits der [Verjährung](#). Die dreijährige [Verjährungsfrist](#) für den Abgeltungsanspruch beginnt in der Regel am Ende des Jahres, in dem das Arbeitsverhältnis endet, ohne dass es auf die [Erfüllung](#) der Mitwirkungsobliegenheiten ankommt. Die rechtliche Beendigung des Arbeitsverhältnisses bildet eine Zäsur. Der Urlaubsabgeltungsanspruch ist anders als der [Urlaubsanspruch](#) nicht auf Freistellung von der Arbeitsverpflichtung zu Erholungszwecken unter Fortzahlung der Vergütung gerichtet, sondern auf dessen finanzielle Kompensation beschränkt. Die strukturell schwächere Stellung des Arbeitnehmers, aus der der EuGH die Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers bei der Inanspruchnahme von [Urlaub](#) ableitet, endet mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Bei einer verfassungs- und unionsrechtskonformen Anwendung der Verjährungsregelungen kann die [Verjährungsfrist](#) nicht beginnen, solange eine Klageerhebung aufgrund einer gegenteiligen höchstrichterlichen Rechtsprechung nicht zumutbar ist.

Von dem Kläger konnte bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses am 19. Oktober 2015 nicht erwartet werden, seinen Anspruch auf Abgeltung des bis dahin nicht gewährten Urlaubs aus den Jahren 2010 bis 2014 gerichtlich durchzusetzen. Der Senat ging zu diesem Zeitpunkt noch davon aus, dass [Urlaubsansprüche](#) mit Ablauf des Urlaubsjahres oder eines zulässigen Übertragungszeitraums unabhängig von der [Erfüllung](#) von Mitwirkungsobliegenheiten automatisch verfielen. Erst nachdem der EuGH mit Urteil vom 6. November 2018* neue Regeln für den Verfall von [Urlaub](#) vorgegeben hatte, war der Kläger gehalten, Abgeltung für die Urlaubsjahre von 2010 bis 2014 gerichtlich geltend zu machen.

Demgegenüber ist der Anspruch des Klägers auf Abgeltung von [Urlaub](#) aus dem Jahr 2015 verjährt. Schon auf Grundlage der früheren Rechtsprechung musste der Kläger erkennen, dass die Beklagte [Urlaub](#) aus diesem Jahr, in dem das Arbeitsverhältnis der Parteien endete, abzugelten hatte. Die dreijährige [Verjährungsfrist](#) begann deshalb Ende des Jahres 2015 und endete mit Ablauf des Jahres 2018. Der Kläger hat die Klage erst im Jahr 2019 erhoben.

[Bundesarbeitsgericht](#), Urteil vom 31. Januar 2023 – [9 AZR 456/20](#) – [BAG PM 05/2023](#)

Vorinstanz: [Landesarbeitsgericht](#) Niedersachsen, Urteil vom 20. August 2020 5 Sa 614/20

*EuGH vom 6. November 2018 – C-684/16 – [Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften]